

# Wir kommen unserer Verantwortung nach

Rede des deutschen Außenministers vor der 50. UN-Generalversammlung  
(27. September 1995)

KLAUS KINKEL

Herr Präsident, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl zum Präsidenten dieser 50. Generalversammlung. Dem scheidenden Präsidenten Essy danke ich für seine erfolgreiche Arbeit.

Fünfzig Jahre Vereinte Nationen – das macht diese Generalversammlung zu einem besonderen Ereignis. Die Erwartungen der Weltöffentlichkeit sind hoch. Wir müssen Bilanz ziehen, vor allem aber den Blick nach vorne richten. Die Delegierten aus fünfzig Nationen, die 1945 in San Francisco zusammentrafen, sollten nach den Worten von Präsident Truman »die Architekten einer besseren Welt« sein. Was ist hieraus geworden? Heute ist diese Staatengemeinschaft auf 185 Mitglieder angewachsen. Millionen von Menschen in aller Welt verdanken den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen Leben, Freiheit, Gesundheit, Arbeit und ein Dach über dem Kopf. Die Entkolonisierung ist abgeschlossen, die Apartheid überwunden, die Achtung der Menschenrechte keine »innere Angelegenheit« mehr. Bei der Abrüstung gab es einen historischen Durchbruch. Der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen konnte im Mai dieses Jahres ein Riegel vorgeschoben werden – ein großer Schritt für die Sicherheit der Menschheit.

All das sind beachtliche Erfolge, die viele Kritiker der Vereinten Nationen in diesem Jubiläumsjahr vergessen haben. Erfolge, zu denen ich besonders Sie, Herr Generalsekretär, und Ihre Mitarbeiter beglückwünschen möchte. Ja, die Vereinten Nationen können – entgegen mancher unberechtigter Kritik – stolz sein auf das, was sie für Frieden, Freiheit und Menschenwürde geleistet haben.

Dank und Anerkennung verdienen insbesondere die über 68 000 Blauhelmsoldaten, die gegenwärtig in allen Weltregionen im Einsatz sind. Wenn Soldaten aus Asien, Afrika oder Lateinamerika in Europa, im ehemaligen Jugoslawien, dafür sorgen, daß Flüchtlinge mit dem Notwendigsten versorgt werden und eingeschlossene Menschen nicht verhungern müssen, dann ist das ein großartiges Zeichen dafür, daß die »eine Welt« Wirklichkeit ist! Vergessen wir nicht: Fast 5 000 Blauhelmsoldaten sind im Einsatz getötet oder verletzt worden. Die Konvention über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal muß so bald wie möglich in Kraft treten. Das sind wir allen Mitarbeitern der Vereinten Nationen schuldig.

Wenn wir in diesem Jahr Bilanz ziehen, dann stoßen wir auch auf die außerordentlichen Probleme, vor denen die Weltorganisation heute steht. Die Fähigkeit zur Friedenssicherung – daran werden die Vereinten Nationen in der Weltöffentlichkeit vor allem gemessen. Und hier sind wir an einem kritischen Punkt angelangt. Somalia, Rwanda und Bosnien – diese Länder stehen auch für Enttäuschungen und Rückschläge. Der Versager ist in diesen Fällen oft nur zu schnell gefunden. Nichts ist bequemer als mit dem Finger auf die angebliche Unfähigkeit der Vereinten Nationen zu zeigen. Und nichts könnte von der Wahrheit weiter entfernt sein! Wenn Menschen nicht geholfen werden konnte, wenn Blauhelme im ehemaligen Jugoslawien gedemütigt wurden, dann lag das doch in den allermeisten Fällen nicht an den Vereinten Nationen, sondern an einem ungenügenden Mandat, am mangelnden politischen Willen von Mitgliedstaaten und bedauerlicherweise am Fehlen ausreichender Mittel. Die Schwierigkeiten, die verursachen doch wir, die Mitgliedstaaten!

Nach den Geiselnahmen von UN-Soldaten, nach den Greueltaten in Žepa und Srebrenica und dem furchtbaren zweiten Blutbad auf dem Marktplatz in Sarajevo hat die Staatengemeinschaft demonstriert, daß es für Brutalität und Mißachtung des Völkerrechts eine Grenze gibt. Die Entschlossenheit von Vereinten Nationen und NATO hat sich ausgezahlt – nicht nur für die Bevölkerung von Sarajevo, die seit drei Jahren hungert, friert und unter ständigem Beschuß steht, sondern auch für den Friedensprozeß.

Gestern sind hier in New York die Konfliktparteien erneut mit der Kontaktgruppe, der Deutschland angehört, zusammengetroffen. In der Verfassungsfrage gelang nach dem Ergebnis von Genf ein weiterer Schritt nach vorn, und ich halte diesen für einen entscheidenden Schritt. Erstmals seit Beginn des Konflikts gibt es eine realistische Aussicht auf einen Verhandlungsfrieden. Ich möchte jedoch vor übermäßiger Euphorie warnen. Es gibt noch viel zu tun, und wir werden einen Schritt nach dem anderen gehen müssen. Keiner der Beteiligten sollte jetzt den Konferenztisch verlassen, bevor eine Einigung erzielt ist – eine Friedensregelung am Verhandlungstisch, keine Regelung auf der Grundlage militärischen Handelns. Wer jetzt weiter auf Blutvergießen, auf Militäractionen setzt, läßt schwere Verantwortung auf sich!

Deutschland hat sich in diesem Konflikt von Anfang an stark engagiert. Wir waren nie Partei gegen eine Seite, sondern in immer nur Partei für die Opfer, für die vertriebenen und gepeinigten Menschen. Die bisherigen humanitären Leistungen der Bundesregierung in der Region belaufen sich auf über eine Milliarde DM. Wir messen dabei nicht mit zweierlei Maß: Allein seit August haben

wir den serbischen Krajina-Flüchtlingen mit über 6 Millionen DM geholfen.

Deutschland hat zu allen Friedensoperationen auf verschiedene Weise beigetragen. Mit dem Sanitätseinsatz in Split und dem erstmaligen Einsatz deutscher Tornado-Kampfflugzeuge, die wir im italienischen Piacenze zur Verfügung gestellt haben, in einer UN-Friedensmission haben wir darüber hinaus gezeigt: Deutschland spricht nicht nur von Übernahme größerer Verantwortung, wir handeln. Wir werden unserer Verantwortung auch nachkommen, wenn es um die Umsetzung eines Friedensschlusses geht – und ich hoffe, daß dieser Friedensschluß bald kommen wird. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Bosniens bedarf es einer wirklichen internationalen Gemeinschaftsaktion. Die Europäische Union – und natürlich Deutschland als Mitglied der Europäischen Union – wird dabei mitwirken.

Welche Lehren können und müssen wir aus Somalia, Rwanda und Bosnien ziehen?

Erstens: Beschränkung auf das Machbare. Die Kräfte der Weltorganisation sind eindeutig überfordert. Sie kann nicht alles auf ihre Schultern nehmen.

Zweitens: Größere Klarheit über Ausmaß und Dauer des Engagements, klare politische und militärische Zielsetzung, eine realistische und kohärente Mandat.

Drittens: Wenn Engagement, dann allerdings konsequentes und entschlossenes Vorgehen. Was in Rwanda oder in Žepa und Srebrenica passiert ist, darf sich nicht wiederholen.

Viertens: Das Zusammenwirken zwischen den Vereinten Nationen und anderen Organisationen wie der NATO muß von vorneherein so geregelt sein, daß optimale Schnelligkeit und Effizienz gesichert sind.

Fünftens: Die Regionalorganisationen müssen sich noch stärker engagieren. Es muß nicht alles sofort bei den Vereinten Nationen landen. In Europa beispielsweise und auch anderswo in der Welt könnte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) größere Verantwortung übernehmen. Es liegt an uns, sie dazu in die Lage zu versetzen.

Ich warne aber vor Illusionen: Friedenssicherung ist keine Schönwetterveranstaltung. Derartige Einsätze werden die Weltorganisation immer wieder in Schwierigkeiten stürzen. Und wer kann angesichts Hunderttausender geretteter Menschen in Somalia und Bosnien guten Gewissens behaupten, ein Einsatz hätte unterbleiben sollen? Diese Menschen sind größtenteils schon vergessen. Die Aufgabe heißt: Stärkung der Friedenssicherung, konstruktive Hilfe, nicht destruktive Kritik! Denjenigen, die die Tätigkeit der Vereinten Nationen und ihre Friedenssicherungseinsätze immer wieder in Frage stellen, möchte ich entgegenhalten: Gibt es eine Alternative? Wodurch könnten die Vereinten Nationen ersetzt werden? Denn Europa ist mit der bosnischen Tragödie in seinem eigenen Haus nicht so fertig geworden, wie wir es uns alle gewünscht hätten. Aber es darf auch nicht vergessen werden, was die Europäische Union im ehemaligen Jugoslawien erreicht hat. Für die gegenwärtigen Friedensbemühungen der Kontaktgruppe hat sie die Grundlage gelegt.

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien unterstreicht meines Erachtens, wie wichtig und richtig es war, daß Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg einen neuen Weg eingeschlagen hat – gegen Nationalismus und gegen Gewalt! Der Ost-West-Konflikt hat über vier Jahrzehnte hinweg verhindert, daß dieser Weg der Europäischen Gemeinschaft, der heutigen Europäischen Union, allen Europäern offen stand. Die Europäische Union ist heute dabei, diese schlimme Fehlentwicklung zu korrigieren und die Gräben zu Mittel- und Osteuropa zuzuschütten. Das Ziel ist ein Europa, in dem die alte Großmacht- und Hegemoniepolitik keine Chance mehr hat. In diesem Europa müssen Rußland, aber auch die Ukraine ihre legitimen Platz einnehmen. Das Europäische Haus besteht nicht nur aus der Europäischen Union, es hat viele Zimmer. Diese beiden Völker dürfen nicht draußen vor der Tür bleiben. Unseren russischen und ukrainischen Partnern und Freunden sage ich: Europa braucht Ihren Beitrag – auch bei der endgültigen Befriedung des ehemaligen Jugoslawien! Hier muß, hier wird sich die neue Partnerschaft zu EU und NATO bewähren.

Viele haben befürchtet, Europa würde sich nach dem Wegfall der Ost-West-Auseinandersetzung nur noch mit sich selbst beschäftigen. Das ist nicht der Fall. Die Europäische Union vertieft ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Kooperation mit den anderen Weltregionen. Bereits heute ist sie in Asien, Afrika und Lateinamerika ein Modell für Frieden, Wohlstand und regionale Integration. In den Vereinten Nationen ist die Europäische Union der wichtigste Dialogpartner der Entwicklungsländer.

Die Europäische Union und Deutschland haben sich besonders für den Frieden und den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Nahost-Region engagiert. Das jetzt zwischen Yassir Arafat und Shimon Peres erzielte Übereinkommen

über Westjordanland ist ein weiterer wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Ich beglückwünsche beide Seiten für ihren Mut und ihre Weitsicht. Die USA spielen in diesem Prozeß eine bedeutsame Rolle. Wir danken Ihnen dafür. Ägypten hat wichtige Vermittlerdienste geleistet.

Stärkung der Fähigkeit der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung, das heißt zugleich Reform des Sicherheitsrats. Über diese Notwendigkeit gibt es inzwischen einen weltweiten Konsens. Erste Reformfolge sind da: Arbeitsmethoden und Transparenz des Sicherheitsrats haben sich in den letzten zwei Jahren stärker verändert als in den vier Jahrzehnten vorher.

Deutschland ist mit vielen anderen Mitgliedstaaten der Auffassung, daß der Sicherheitsrat um ständige und nichtständige Mitglieder erweitert werden sollte. Die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas brauchen eine stärkere Repräsentanz, und ich glaube, daß wir ihnen diese schuldig sind, sie haben sie verdient. Dasselbe gilt auch für einige Staaten, die eine besondere globale Rolle innehaben.

Deutschland hat – unterstützt von vielen Mitgliedstaaten – sein Interesse an einer ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat bekundet. Die Bereitschaft zur Übernahme von mehr Verantwortung auch in diesem Rahmen ist für uns die logische und konsequente Fortentwicklung unseres Engagements für die Vereinten Nationen. Diese Bereitschaft steht im Einklang mit der Grundmaxime unserer Außenpolitik: der multilateralen Zusammenarbeit Vorrang einzuräumen. Wir haben dieses Prinzip in den Dienst der europäischen Einigung gestellt. Wir glauben, daß wir damit auch eine nützliche Rolle im Sicherheitsrat spielen können.

Die Welt sieht sich mit einer großen Zahl neuartiger Konflikte und Herausforderungen konfrontiert. Ganz entscheidend ist, daß wir dabei unser Augenmerk stärker als bisher auf die Konfliktvorbeugung richten. Die politische Konfliktlösung muß erste Option bleiben. Das verlangt Stärkung der Tätigkeit von Menschenrechtsbeobachtern, Verbesserung des Frühwarnsystems der Vereinten Nationen, Förderung der Demokratisierung und Wahlbeobachtung, wie dies zuletzt in Mosambik mit Erfolg durchgeführt wurde. Für die präventive Diplomatie haben wir eine Liste erfahrener Vermittler zur Verfügung gestellt. Das Beispiel Mazedoniens zeigt, was die präventive Entsendung von Blauhelmen leisten kann. Die zwischen Griechenland und Mazedonien erzielte Einigung in dieser äußerst wichtigen Frage freut mich sehr.

Brandverhütung kann unzählige Menschenleben retten und sie kommt allemal billiger als Brände löschen. Bei meinem kürzlichen Besuch in Rwanda war ich tief erschüttert über die Greuelthaten, die Menschen dort an anderen Menschen verübt hatten. Bei einem frühen und entschlossenen Eingreifen der Vereinten Nationen hätten vielleicht zahllose Menschenleben gerettet werden können. Deutschland hat eine beträchtliche Soforthilfe für Rwanda in Gang gesetzt. Wir kümmern uns besonders um die schreckliche Situation in den Gefängnissen. Ich habe, beispielsweise in Kigali, selbst Gefängnisse besucht, und muß sagen, daß ich so etwas in meinem ganzen Leben noch nicht gesehen habe. Hier muß dringende Abhilfe geschaffen werden, damit nicht allem Unrecht neues folgt. Ich war auch in Burundi und bin tieftraurig und betroffen zurückgekehrt. In Burundi dürfen wir dieselben Fehler nicht nochmals machen.

Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung – das sind einige der wichtigsten Maßnahmen der Konfliktvorbeugung. In den letzten Jahren sind uns Erfolge gelungen, an die vor fünfzehn Jahren, auf dem Höhepunkt des Rüstungswettlaufs, niemand geglaubt hätte. Die Sicherung und der Ausbau dieses Durchbruchs hat große politische Bedeutung.

Vor wenigen Wochen haben wir den fünfzigsten Jahrestag der ersten Atombombenexplosionen über Hiroshima und Nagasaki begangen. Nuklearwaffen dürfen nie wieder eingesetzt werden! Sie sollten ganz verschwinden, wie es Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vorsieht. Hierauf haben sich die Kernwaffenmächte auf der New Yorker Verlängerungskonferenz erneut festgelegt. Die Tür für ein Verbot jeder Art von nuklearen Testexplosionen war noch nie so offen wie heute. Auf dieses Ziel gilt es jetzt alle Kräfte auszurichten. Spätestens bis Herbst 1996 müssen die Genfer Verhandlungen ein solches umfassendes Verbot zustande bringen.

Auch Anti-Personen-Minen sind ›Massenvernichtungswaffen‹. Tag für Tag führen sie zu furchterlichen Opfern, viele davon sind Frauen und Kinder. Wenn irgendeine Waffenart geächtet werden muß, dann diese!

Die Beseitigung dieser Geißel ist eine vorrangige Aufgabe – insbesondere in Nicaragua, Angola, Mosambik, Afghanistan, Georgien und Kambodscha. Deutschland wird gemeinsam mit seinen europäischen Partnern die Initiative hierzu in dieser Generalversammlung weiter vorantreiben. Auf der vorgestern in Wien eröffneten Überprüfungskonferenz des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen müssen schärfere Exportbeschränkungen und ein striktes Verbot für den Einsatz von Anti-Personen-Minen erreicht werden. Ich appelliere an alle UN-Mitglieder: Im Namen der Menschlichkeit – treten Sie diesem Übereinkommen so schnell wie möglich bei!

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte steht mit gutem Grund am Anfang der Arbeit der Vereinten Nationen. Diese sind mehr als eine bloße Ansammlung souveräner Staaten – sie basieren auf der gemeinsamen Überzeugung von der Würde und dem Wert des Menschen. Und diese Überzeugung muß im Mittelpunkt aller Politik bleiben! Der Weltkindertag vor einer Woche

hat uns daran erinnert, welch schlimmem Schicksal gerade diese Schwächsten der Gesellschaft oft ausgesetzt sind. Das UNICEF bedarf unser aller Unterstützung.

Den verfolgten und entrechteten Menschen in aller Welt zu helfen, das muß auf der politischen Agenda ganz oben bleiben. Der Druck der Staatengemeinschaft, von Medien, Nichtregierungsorganisationen und Bürgern muß aufrechterhalten werden. Wer foltert, wer die Menschenrechte mit Füßen tritt, darf nicht ruhig schlafen können! Dafür bedarf es der Stärkung des Hochkommissars und der besseren Ausstattung des Menschenrechtszentrums. Kriegsverbrecher müssen wissen, daß sie international strafrechtlich verfolgt werden. Deshalb tritt Deutschland nachdrücklich für die Errichtung eines ständigen internationalen Strafgerichtshofs ein.

Vor allem muß der Minderheitenschutz gestärkt werden. ›Ethnische Säuberung‹ – das ist nicht der Weg zu einem friedlichen Zusammenleben, weder in Europa noch sonstwo. Über 27 Millionen Menschen sind heute auf der Flucht: eines der großen Dramen unserer Zeit. Dahinter stehen neben Hunger und Not zumeist ethnischer und religiöser Fanatismus. Die Vielfalt an Kulturen und Traditionen gehört zu den großen Reichtümern unserer Welt. Niemand darf dem anderen sein Gesellschaftsmodell aufzwingen. Auf einem ganz anderen Blatt steht, daß es einen für alle verbindlichen Kernbestand an Menschenrechten gibt. Er wurde auf der Wiener Konferenz bekräftigt und darf von niemandem in Frage gestellt werden!

Der Dialog der Kulturen ist heute eine der zentralen Friedensfragen. Zu einem solchen Dialog habe ich führende Vertreter der islamischen Welt im November nach Deutschland eingeladen. Wir müssen einander besser verstehen lernen. Ich habe auch darauf gedrängt, daß sich die Bosnien-Kontaktgruppe mit der islamischen Kontaktgruppe eng abstimmt. In Deutschland leben wir mit 2,5 Millionen Muslimen einträchtig zusammen. Es ist mir ein besonderes Anliegen als deutscher Außenminister, daß wir auch auf internationaler Ebene ein vertrauensvolles Miteinander schaffen. Der Islam ist nicht mit Terrorismus oder Fundamentalismus gleichzusetzen. Es darf hier keine neuen Feindbilder geben. Wir sollten froh sein, daß es uns gelungen ist, die alten abzulegen.

Frieden und Entwicklung sind untrennbar verbunden. Deshalb darf eine Reform der Vereinten Nationen, die diesen Namen verdient, auch vor dem Wirtschafts- und Sozialbereich nicht halt machen. Dieser fünfzigste Jahrestag bietet eine einmalige Gelegenheit zur Schaffung eines neuen zeitgemäßen Rahmens für eine neue Entwicklungspartnerschaft. Deshalb muß die Arbeit an der Agenda für die Entwicklung baldmöglichst abgeschlossen werden.

Neben einer verbesserten und überschaubaren Finanzierung der Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen geht es vor allem um eine koordinierte und effiziente Umsetzung der Ergebnisse der großen Weltkonferenzen zu den Themen Umwelt, Soziales, Bevölkerungswachstum und Frauenfragen – insbesondere der gerade zu Ende gegangenen Weltfrauenkonferenz in Beijing. Hier handelt es sich um die zentralen miteinander verflochtenen Friedensaufgaben unserer Epoche. Der Planet Erde muß auch für spätere Generationen bewohnbar bleiben. Fortschritte sind nur auf der Grundlage einer gleichberechtigten und fairen Partnerschaft zwischen Nord und Süd zu erreichen. Deutschland wird sich dafür auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen.

All dies läßt sich aber nur verwirklichen, wenn wir der gegenwärtig größten Krise der Vereinten Nationen Herr werden: der Finanzkrise. Es ist nicht zu leugnen, daß sie dramatische Ausmaße angenommen hat; das muß man ganz offen sagen. Diese Krise kann nur bewältigt werden, wenn alle und insbesondere die großen Beitragszahler ihre Verpflichtungen pünktlich erfüllen. Deutschland ist der drittgrößte Beitragszahler an die Vereinten Nationen und wir kommen unseren Verpflichtungen nach. Es kann nicht angehen, daß die pünktlichen Zahler auch noch die Zahlungsrückstände an sich leistungsfähiger Mitgliedstaaten mittragen müssen. Wenn hier nicht bald Entscheidendes geschieht, droht die Lähmung ganzer Arbeitsbereiche. Ich begrüße die Bekräftigung des amerikanischen Außenministers, daß die USA zu den Verpflichtungen aus ihrer Mitgliedschaft stehen. Die Vereinten Nationen brauchen ein Amerika, das seiner Führungsrolle gerecht wird – so wie umgekehrt die USA eine Weltorganisation brauchen, die reformfähig und -willig ist.

Wie können wir der Finanzkrise Herr werden?

Erstens: Durch Wiederherstellung der Balance zwischen den Haushalten der Friedensoperationen und dem regulären Haushalt. In diesem Bereich dürfen die Kräfte nicht bis zur Erschöpfung beansprucht werden, während gleichzeitig Mittel für dringende Programme wirtschaftlicher oder sozialer Entwicklung fehlen oder gekürzt werden müssen.

Zweitens: Wir brauchen endlich eine tragfähige Lösung für die Anpassung der Beitragsskala an die tatsächliche Beitragskraft der Mitglieder. Sie, Herr Generalsekretär, haben große Anstrengungen in Richtung Rationalisierung, Haushaltsdisziplin und Personalabbau unternommen. Mein Appell an alle Mitgliedstaaten: Geben Sie Untergeneralsekretär Paschke die Unterstützung, die er für seine schwierige Aufgabe benötigt.

Die Vereinten Nationen sind als globaler Ordnungsfaktor, als Forum und Instrument der internationalen Zusammenarbeit unverzichtbar – heute nicht weniger als nach dem Zweiten Weltkrieg. Denn keine andere Instanz ist so dazu befähigt, die Interessen und Energien der Völker dieser Welt zusammenzuführen – was notwendig ist.

Die Vereinten Nationen – das sind nicht »die anderen«, das sind wir, die Mitglieder. Und diese Organisation ist so stark und so vereint, wie wir – die Mitglieder – sie machen. Deshalb mein Appell heute an diese Versammlung:

- > Beenden wir in unserer Haltung zu den Vereinten Nationen das ständige Hin und Her zwischen Euphorie und Enttäuschung!
- > Hören wir auf mit den Schuldzuweisungen, die zu nichts führen!
- > Verbinden wir Vision und Pragmatismus, Solidarität und Selbstverantwortung zu einer vernünftigen und realistischen internationalen Partnerschaft unter dem Dach der Vereinten Nationen.
- > Machen wir diese schlagkräftiger, effizienter und sparsamer! Denn wir müssen sie schlanker machen, und sie müssen Einsparungen vornehmen.

- > Tun wir das in konstruktivem Geist, mit und für die Vereinten Nationen!
- > Geben wir den Vereinten Nationen das, was sie brauchen – auch durch Zahlung unserer Beiträge!

Das erwartet die Weltgemeinschaft von uns jetzt zu Recht. Das ist die Aufgabe für die Völkergemeinschaft an der Schwelle des neuen Jahrtausends. Bei einem Scheitern der Reformen wird es nur Verlierer geben.

»Hoffnung ist der Pfeiler der Welt«, sagt man in Südafrika. Vor fünfzig Jahren wurde in San Franzisko ein solcher Hoffnungspfeiler für die Menschheit geschaffen. Tun wir alles, damit dieser Pfeiler die Hoffnungen der Menschheit auch in den nächsten fünfzig Jahren lebendig hält. Deutschland wird dabei weiterhin mithelfen.

## Deutsche Leistungen an den Verband der Vereinten Nationen

In fast schon regelmäßigen Abständen erklärt Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali die Vereinten Nationen für bankrott. Tatsächlich hat sich die längst chronische Finanznot mittlerweile zur akuten Krise ausgewachsen.

1993 wurden die (Zweijahres-)Haushalte 1994/95 der UN und ihrer Sonderorganisationen noch generell unter dem Vorzeichen des »realen Nullwachstums« verhandelt und beschlossen. Das bedeutete (zum Teil erhebliches) Haushaltswachstum allein zum Ausgleich für Inflation und Wechselkursentwicklungen; ein Anstieg wegen zusätzlicher Aktivitäten aber war ausgeschlossen. »Reales Nullwachstum« avancierte über die Jahre immer mehr zum Reizwort für die Entwicklungsländer, die trotz der sich verschlechternden nationalen Haushaltslage der meisten Hauptbeitragszahler ein reales Wachstum für unabdingbar ansahen. Aus dieser Stimmungslage heraus hätten damals wohl nur die wenigsten damit gerechnet, daß im Jahre 1995 bei den Budgetverhandlungen für 1996/97 die Meßlatte noch höher aufgehängt werden würde; »nominales Nullwachstum« (also auch kein Ausgleich für Inflation und Wechselkursverluste) bis »nominales Minuswachstum« hieß diesmal die Forderung. Vorgebracht wurde sie vor allem von der US-Regierung, die erhebliche Schwierigkeiten in ihrem für die UN bestimmten Haushaltstitel hat und voraussieht (vgl. S. 31 dieser Ausgabe). So ergab sich bei den meisten UN-Organisationen die gleiche Verhandlungssituation: Die US-Vertreter forderten einen Haushalt 1996 beziehungsweise 1996/97, der unter dem des Jahres 1995 beziehungsweise des Zweijahreszeitraums 1994/95 liegt. Auf Grund der Erklärungen der USA war abzu sehen, daß sie bei einem Scheitern ihrer Verhandlungsposition ihre Beiträge nur bis zu der für sie jeweils finanzierbaren Budgetgröße erbringen würden. Jeder verabschiedete Haushalt, der über der amerikanischen Schwelle lag, hätte damit automatisch eine Finanzierungslücke zur Folge. Ein Viertel des Teiles, der über den US-Vorstellungen für das jeweilige Budget lag, hätte von vornherein gefehlt. Eine seriöse Haushaltspolitik hätte eine Haushaltssperre mindestens in Höhe dieser als sicher anzusehenden Beitragsausfälle geboten; andernfalls wäre einem von Anfang an unterfinanzierten Budget zugestimmt worden, und man hätte die Gefahr eines Kassendefizits in Kauf genommen. Aber selbst eine Haushaltssperre hätte eine Änderung der mit der Beitragsskala festgesetzten Lastenverteilung noch nicht verhindern können. Denn schließlich hätten die Vereinigten Staaten ihre 25 vH nur auf den niedrigeren, für sie akzeptablen Budgetwert erbracht, während für die übrigen Mitgliedstaaten deren Beitragssatz auf den höheren, verabschiedeten Haushalt angewendet worden wäre. In Prozenten zahlten damit letztere gegenüber den USA mehr, als es der akzeptierten Beitragsverteilung entspricht. Um diesen Effekt zu vermeiden, hätte der jeweilige Budgetentwurf auf

das voll finanzierbare, also auch für die USA akzeptable Maß reduziert werden müssen.

Wie hat man nun letztendlich reagiert? Obwohl überwiegend die gleichen Mitgliedstaaten in den verschiedenen UN-Organisationen vertreten sind, ist es anscheinend nicht möglich, zum gleichen Problem den gleichen Lösungsansatz zu vertreten. Ein dem UN-System gegenüber kohärentes Vorgehen einzelner Hauptbeitragszahler in dieser Frage war kaum zu erkennen. Mitunter wurde von ein und demselben Staat je nach Ressortzuständigkeit dieser und dann wieder jener Standpunkt vertreten. Mangelnde Koordinierung müssen sich daher nicht nur die Vereinten Nationen vorwerfen lassen. Dementsprechend unterschiedlich sehen die verabschiedeten Haushalte hinsichtlich des Umgangs mit dem durch die Politik der USA aufgeworfenen Problem aus. Während in einigen Fällen in zum Teil verklausulierter Form haushaltstechnisch der Realität Rechnung getragen wurde, betrieb man in anderen Fällen eher eine Vogel-Strauß-Politik, deren negative Folgen nicht lange auf sich warten lassen dürften.

Dafür, wie solche Sünden der Vergangenheit die Organisationen einholen können, liefert die FAO ein Beispiel. Dort setzte sich die Geschichte eines 1991 gemachten Fehlers über 1993 auch 1995 weiter fort. Die in dieser Zeitschrift (VN 1/1994 S.19) geäußerte Einschätzung bewahrheitete sich: Der damals angewendete Trick, für 1994/95 alle Mitgliedsbeiträge um erhoffte US-Schuldenabtragungen künstlich zu kürzen, führte zu dem voraussehbaren überproportionalen Anstieg der Mitgliedsbeiträge für 1996/97. Was 1993 unter anderem von der deutschen Delegation vorhergesagt worden war, versetzte nun plötzlich viele Mitgliedstaaten in gespieltes oder echtes Erstaunen. Sie stellten die Frage, wie es denn möglich sei, daß ihre Mitgliedsbeiträge prozentual weit höher steigen sollten als der vom Generaldirektor vorgelegte Haushaltsentwurf. Zu dieser Problematik gesellte sich die US-Forderung nach nominalem Minuswachstum des Haushalts, was zu einer für viele nicht mehr nachvollziehbaren Gemengelage führte. Die Ausgabenseite wurde bei der Wachstumsberechnung des Haushalts fälschlicherweise mit der Finanzierungs-/Einkommenseite verglichen; unterschiedliche Budgetwerte wurden als Ausgangsgröße zugrundegelegt; die diskutierte Haushaltssperre, bei der es sich um eine Maßnahme der Haushaltsdurchführung handelt, wurde als endgültige Budgetabsenkung fehlinterpretiert. Die Haushaltsberatungen wurden zum Schluß mit kaum noch nachvollziehbaren Argumenten geführt. Der verabschiedete Haushalt lag schließlich deutlich unter dem ursprünglich vorgelegten Budgetentwurf, aber immer noch mindestens 50 Mill Dollar über der für Washington akzeptablen Größe. Die in der Resolution der FAO-Konferenz zum Haushalt enthaltenen Vorgaben müßten eigentlich dafür sorgen, daß dieser Umstand dennoch nicht zu einem Kassendefizit führt.